# Zehn Jahre Deutschfreiburgische Arbeitsgemeinschaft

Autor(en): **A.B.**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Sprachspiegel : Zweimonatsschrift**

Band (Jahr): **25 (1969)**

Heft 4

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-420990

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

# Zehn Jahre Deutschfreiburgische Arbeitsgemeinschaft

Am 11. Mai 1969 hielt die Deutschfreiburgische Arbeitsgemeinschaft im Saal des Museums für Kunst und Geschichte in Freiburg im Üchtland ihre zehnte Jahresversammlung ab.

*Gründung*

Man hat schon gelesen, die Jurafrage habe den Anstoß zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft gegeben. Die Behauptung ist zwar unrichtig, aber einigermaßen verständlich, belastet doch das Juraproblem dermaßen die Eidgenossenschaft, daß manch einer versucht ist, nach ihren Auswirkungen zu suchen. Zutreffender wäre es, zu sagen, der Oberwalliser Rottenbund, der 1949 gegründet wurde, sei eine Anregung zur Gründung der Arbeitsgemeinschaft gewesen. Auch er will nicht trennen, auch er will nichts, als demokratische Rechte wahren. Zwischen Oberwallis und Katholisch Deutschfreiburg besteht zudem auch eine eigentliche Wesensverwandtschaft, die sich in der Religion, in der Mundart oder einem ähnlichen Gang der Geschichte äußert, der die beiden Gebiete von einer kantonalen Vorzugs- in eine Minderheitenstellung versetzt hat. Das Deutschfreiburger Problem wäre aber auch ohne jedes andere schweizerische Gegenstück irgend einmal aufgerollt worden. Das liegt in der Eigengesetzlichkeit der freiburgischen Geschichte. Als deutsche Gründung auf welschem Boden bekam der Kanton das Sprachenproblem in die Wiege gelegt. Ende des 19. Jahrhunderts hatten die um Chorherr Josef Tschopp und den Deutschen Männerverein gescharten Universitätsprofessoren die Deutschfreiburger Minderheitenfrage als erste aufgegriffen, dann hatte zum Beispiel Chefredaktor Josef Pauchard, der 1918—1919 mit einigen Persönlichkeiten die Gründung der Konservativen Volkspartei Deutschfreiburgs betrieb, alles getan, dem deutschen Kantonsteil mehr Eigengewicht zu verleihen. Die Arbeitsgemeinschaft suchte die Gründe, die Deutschfreiburg zur stiefmütterlich behandelten schweizerischen Minderheit gemacht hatten, vor allem auch bei ihm selbst, in seiner — zwar nicht unsympathischen, aber letztlich weder ihm noch dem Kanton nützenden — Eigenheit, seine Existenz zu vertuschen, in seiner merkwürdigen Scheu, das Schicksal des Kantons mitzugestalten, der Unterbewertung

seiner Sprache und seiner heillosen Spaltung. Als sich am 18. Januar 1959, von Dr. Peter Boschung eingeladen, eine Dame und zehn Männer in Freiburg trafen, um die Arbeitsgemeinschaft zu gründen, war dem Treffen eine Umfrage bei den wichtigsten kulturellen Vereinen Deutschfreiburgs, dem Deutschen Geschichtsforschenden Verein, dem Männerverein, den Lehrervereinigungen und dem Verein für Heimatkunde vorausgegangen, und alle hatten der Gründung eines Arbeitsausschusses zugestimmt. Er sollte das Verhältnis der Sprachen im öffentlichen Leben, in Politik, Stadt- und Staatsverwaltung, in Schul- und Verkehrswesen, in kultureller Hinsicht, feststellen und in unbefriedigenden Einzelfragen bessere Lösungen vorschlagen.

*Tätigkeit*

Ein Jahr zuvor hatte der konservative Großrat Ernst Etter von Gempenach auf verschiedene Benachteiligungen der Deutschsprachigen hingewiesen. Der grundsätzliche Gesichtspunkt dieser Kleinen Anfrage war vom Staatsrat mit vollendeter Höflichkeit bestritten worden. Die erste Eingabe der Arbeitsgemeinschaft wurde wohlwollend beantwortet. Sie gab Zusicherungen, aber die Taten blieben aus. Deshalb, und weil sich innert kurzem viele Persönlichkeiten um die Mitgliedschaft bewarben, wurde die Arbeitsgemeinschaft, die als lose Vereinigung entstanden war, am 13. Dezember 1960 in einen Verein umgewandelt. 1962 erfolgte ihre große Eingabe an den Staatsrat, eine Bestandesaufnahme der unbefriedigenden Zustände, einige grundsätzliche Überlegungen und eine Petition enthaltend. Die Arbeitsgemeinschaft hat sie unter dem Titel „Der Staat Freiburg und seine sprachliche Minderheit, Dokumente von 1958 bis 1963“ veröffentlicht.

Schon bald nach der Eingabe der Petition wurde dies und das in Ordnung gebracht. Monate kamen ins Land, ohne daß eine Antwort des Staatsrates erfolgte. Die Arbeitsgemeinschaft war die erste, die begriff, daß eine Antwort Zeit erforderte, aber dann begannen Jahre zu verstreichen... In dieser Zeit erhielt die Arbeitsgemeinschaft von außen publizistische Unterstützung. Dr. Hans Wili schrieb in der „Ostschweiz“ (Nr. 437/438, 1964): „Die welsche Mehrheit hat die Besonnenheit und Treue Deutschfreiburgs nicht eben großmütig belohnt, ganz im Gegenteil“. Der bekannte Journalist und Publizist René Allemann bemerkte 1968 in seinem berühmt gewordenen Buch „25mal die Schweiz“, daß

keiner der mehrsprachigen Schweizer Kantone auf seine sprachliche Minderheit weniger Rücksicht nehme als Freiburg; und Nationalrat Alfons Müller mahnte am 18. Dezember 1966: „Die Arbeitsgemeinschaft erhofft nun auf ihre inzwischen recht alt gewordene Petition eine klare Antwort der neuen Regierung. Würde die Forderung bagatellisiert oder gar abgelehnt, so käme es wohl auch in Freiburg zu anhaltenden Diskussionen über die Minderheitenfrage, was man dem Kanton Freiburg gerne ersparen möchte."

Dann kam sie endlich, die Antwort auf die Petition, im März 1968, und die Regierung bestätigte, daß die Sprachenfrage „in unserem Kanton verfassungsrechtlich, gesetzlich und in der Praxis noch nicht befriedigend geregelt ist."

Von Anfang an versuchte die Arbeitsgemeinschaft mehr, als Sprachenpolitik zu treiben, die so leicht mißverstanden und mißdeutet werden kann. Kaum gegründet, beschloß sie einen Deutschfreiburger Kulturpreis zu schaffen, der 1963 erstmals an Dr. Ernst Flückiger, Murten, und German Kolly, Giffers, und seither an Kunstmaler Raymond Meuwly, Misery, vergeben worden ist. Seit 1963 veranstaltet sie, während der ersten vier Jahre zusammen mit der Akademischen Gesellschaft Renaissance, Theateraufführungen, Dichtervorlesungen und Vorträge, und ein Ausschuß, dem Universitätsprofessor Dr. Studer vorstand, gab die Richtlinien zur Schreibung der Deutschfreiburger Mundarten heraus.

### *Mißerfolge*

„Die Freude über das Erreichte", sagte Dr. Peter Boschung in seinem Bericht über die verflossenen zehn Jahre, „macht uns nicht blind für Mißerfolge. Die Arbeitsgemeinschaft müßte ein Fabelwesen sein, hätte sie keine Fehler und wären ihr alle Vorhaben im ersten Anlauf geglückt."

Es fehlt uns noch immer die für eine voll wirksame Vertretung unseres Kantonsteils unentbehrliche Deutschfreiburger Großratsdeputation.

Die Solidarität zwischen allen Regionen und Volksschichten Deutschfreiburgs ist noch zu klein!

Gering ist die Aussicht, die Mehrheit könnte je so großzügig werden wie in den Kantonen Bern und Wallis, wo die Minderheit regelmäßig einen Ständeratssitz besetzt.

Noch sitzt ein einziger Deutschfreiburger im Kantonsgericht.

Unbefriedigend ist das Interesse, das die Öffentlichkeit, welsche Presse und welsche Parteileitungen für Leben, Bedürfnisse und Anliegen Deutschfreiburgs aufbringen.
Hingegen ist es der Arbeitsgemeinschaft gelungen, mit dem Freiburger Institut ins Gespräch zu kommen. In dieser Zusammenarbeit mit dieser geistigen Körperschaft liegt

*einer der schönsten Erfolge*

der Arbeitsgemeinschaft. Gonzague de Reynold kommt ein wesentliches Verdienst zu. Ein Jahr vor der Gründung der Arbeitsgemeinschaft hatte die erste Fühlungnahme und grundsätzliche Klärung stattgefunden, und bei der ersten Verleihung des Deutschfreiburger Kulturpreises am 1. Dezember 1963 ließ Gonzague de Reynold in der Aula der Universität durch den Kanzler des Freiburger Institutes, Herrn Eric Thilo, seine Stellungnahme zur Sprachenfrage verlesen, die ein klares Bekenntnis zur völligen Gleichstellung beider freiburgischen Sprachen war. Ein Jahr später schlossen Freiburger Institut und Arbeitsgemeinschaft in Richterwil einen Bündnisvertrag, der Arbeitsteilung und Zusammenarbeit beider Vereinigungen regelt. Im Herbst des Jahres 1964 setzten sich Welsche und Deutschsprachige, Institutsleute und Vertreter der Arbeitsgemeinschaft, hinter die Arbeit, eine für beide Sprachengruppen annehmbare Lösung der Sprachenfrage zu suchen. Der erste und grundlegende Teil ist Ende 1968 beendet und dem Staatsrat übergeben worden. Sie nennt sich Sprachencharte und umfaßt die natur- und staatsrechtlichen Grundsätze eines Sprachenrechts. In einem zweiten Teil soll die Anwendung dieser allgemeinen Grundsätze auf die freiburgische Wirklichkeit in Angriff genommen werden. Die Arbeitsgemeinschaft hat Herrn Gonzague de Reynold mit dem bescheidenen Band „Freiburger Bilder", die eine übersetzte Auswahl aus seinem Werke enthält, gedankt.
Das politische Freiburg zeigt Mühe, dem Freiburger Institut und der Arbeitsgemeinschaft auf dem vorgezeigten Wege zu folgen. Wenn der Kanton, jetzt, da so viele Trennwände fallen, eine größere Anstrengung zur geistigen Einverleibung des Murtenbietes macht, oder wenn er sich darauf ausrichtet, ein besserer Vermittler zwischen Deutsch und Welsch zu werden, dann beglaubigt ihn nur der Ausbau der freiburgischen Minderheitsrechte zu diesen historischen Aufgaben.

*A. By („Freiburger Nachrichten")*